

Antrag

der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Rainer Brüderle, Walter Hirche, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gerhard Schüßler, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Auswirkungen der Terroranschläge auf die Tourismus- und Luftfahrtbranche durch Maßnahmenbündel abfedern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Terror, der am 11. September 2001 auf schreckliche Weise die USA getroffen hat, und die Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Terrorismus haben die Tourismusbranche empfindlich getroffen. Über die mittel- und langfristigen Folgen kann heute nur spekuliert werden. Klar scheint jedoch, dass es gravierende und langanhaltende Änderungen im Reiseverhalten geben wird. Tourismus ist weltweit der wichtigste Wirtschaftsfaktor. Tourismus ist aber auch die beste Friedenspolitik, denn Reisen bildet und verbindet. Tourismuswirtschaft und Politik sind jetzt gefordert, gemeinsam Strategien zur Tourismusförderung zu entwickeln.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- möglichst umgehend eine Untersuchung der Faktoren, die Menschen vom Reisen abhalten, in Auftrag zu geben, um dann gezielt diese Faktoren berücksichtigen zu können;
- in der Europäischen Union und international darauf hinzuwirken, dass die hohen deutschen Sicherheitsstandards im Flugverkehr, insbesondere auf den Flughäfen, weltweit gelten und eingehalten werden;
- nicht durch Zahlung von Erhaltungssubventionen unter dem Deckmantel der aktuellen Krise die Substanz und Leistungsfähigkeit des Luftverkehrs zu gefährden. Kompensationszahlungen für unmittelbar durch den 11. September 2001 bedingte Ausfälle sind zu prüfen. Subventionen sind aber auch in der jetzigen Situation das falsche Mittel. Schon vor dem 11. September 2001 zeichnete sich ab, dass sich verschiedene Fluggesellschaften nicht am Markt halten werden;

- sicherzustellen, dass die Kosten für die verschärften Sicherheitsmaßnahmen aus dem Sonderprogramm zur Finanzierung von Anti-Terrormaßnahmen finanziert werden. Gewährleistung von Sicherheit ist eine hoheitliche Aufgabe;
- unverzüglich für eine einheitliche europäische Luftraumüberwachung einzutreten. Wir brauchen dringender denn je den „single sky over Europe“;
- die Information aller Reisenden zu verbessern. Dazu muss das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gemeinsam mit der betroffenen Branche zusätzliche Maßnahmen ergreifen. Ein gemeinsames call-center als neutrale Anlaufstelle ist einzurichten;
- zur Stabilisierung der Tourismusbranche die geplante Reduzierung der Auslandsmesseförderung zurückzunehmen. Zudem müssen weitere Maßnahmen des Auslandsmarketings mit einem Schwerpunkt USA eingeleitet werden. Die Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) müssen deshalb deutlich erhöht werden;
- die deutschen Auslandsvertretungen in ein Tourismus-Marketingkonzept einzubinden. Werden bei Auslandsreisen von Regierungsmitgliedern Wirtschaftsdelegationen einbezogen, müssen dazu Vertreter der Tourismuswirtschaft eingeladen werden;
- zur Stärkung des incoming-Tourismus die von der Fraktion der FDP beantragte Initiative „Deutschland besucht Deutschland“ aufzugreifen und gemeinsam mit der Wirtschaft und den Ländern auszubauen. Dadurch wird neben einer Stärkung des Deutschlandtourismus ein wichtiger Beitrag zur inneren Einheit Deutschlands geleistet;
- endlich die wirtschafts-, arbeitsmarkt- und spezifisch tourismuspolitischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Weitere Steuererhöhungen sind abzulehnen, denn sie schöpfen Kaufkraft ab und wirken deshalb gerade im Tourismus nachfragesenkend. Sinnvoll ist eine Steuerreform II, um die Belastungen für Unternehmen und Verbraucher unverzüglich zu senken. Notwendig ist zudem, die geplanten Steuersenkungen zur Belebung der Konjunktur vorzuziehen;
- dafür einzutreten, dass die Vorschläge des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Neuregelung der Eigenkapitalunterlegung der Kreditgeber (Basel II) nicht wie derzeit geplant umgesetzt werden. Basel II würde die Existenz vieler kleiner und mittlerer Unternehmen, auch gerade in der Tourismuswirtschaft, gefährden.

Berlin, den 6. November 2001

Ernst Burgbacher
Rainer Brüderle
Walter Hirche
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Gutmacher
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gerhard Schübler
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae